

Filmbranche

Ein unmoralisches Angebot

Von Petra Tempfer

Filmbranche-Insider berichten über unterbezahlte, befristete Jobs und schwarz gezahltes Geld.



Viele wollen beim Film dabei sein - und genau das ist das Problem: Daher arbeiten sie auch für wenig Geld. Im Bild ein Wandmosaik in einer U-Bahn-Station in New York. © Fotolia/henryart

Wien. 260 Euro für 21 Tage. Geht man von rund acht Stunden pro Tag aus, kommt man auf einen Stundenlohn von eineinhalb Euro. Eineinhalb Euro - vermutlich fällt niemandem ad hoc ein Job ein, der derart unterbezahlt ist. Und doch gibt es ihn. Die 23-jährige Studentin Sarah F. (Name geändert) erzählt über ein Jobangebot, wonach sie zwischen 260 und 320 Euro für 21 Drehtage beim Film bekommen sollte - als zweite Assistentin "bei einer großen Produktionsfirma". Bei welcher, wollte sie aus Angst vor möglichen Karriere-Einbußen lieber nicht sagen. Zusatz des besagten Angebots: Nimmt F. an, werde sie bei der nächsten Produktion zur ersten Assistentin aufsteigen und 500 Euro bekommen. Und irgendwann werde sie dann Chefin des Departments. F. lehnte ab.

So unmoralisch dieses Angebot scheint, so verbreitet dürften Jobs wie dieser in der Filmbranche sein. Praktika nicht inbegriffen, die offiziell der Weiterbildung dienen und auch notorisch unterbezahlt sind. Eine junge Produktionsassistentin etwa habe für 360 Euro in der Woche gearbeitet, erzählt diese der "Wiener Zeitung" - wobei eine Woche am Set selten weniger als 60 Stunden habe. Bei Drehschluss gab es dann noch einmal 400 Euro. Schwarz.

Ein 54-jähriger Insider, der seit 35 Jahren als Kameramann tätig ist, bringt es auf den Punkt: "Die Film- und Fernsehbranche in Österreich ist so klein und überschaubar, dass sie mit viel Selbstausbeute verbunden ist. Junge Leute machen den Job zu

Dumpingpreisen." Die Situation habe sich über die Jahre hinweg verschärft. "Der ORF und die wenigen Privatsender haben schon fast eine Monopolstellung. Dadurch entsteht viel Druck auf die Preisgestaltung. Wer in der Branche arbeitet, ist also mit fallenden Preisen konfrontiert." Einer aktuellen Studie des Instituts L&R Sozialforschung zufolge ist knapp ein Drittel der Filmschaffenden armutsgefährdet.

Zwischen den Produktionen regelmäßig arbeitslos

Die junge Produktionsassistentin bestätigt: "Unerfahrene willigen fast immer ein, für wenig Geld zu arbeiten, weil sie froh sind, drin zu sein. Tun sie es nicht, dann macht es eben ein anderer." Studenten könnten ohne Unterstützung von zuhause jedenfalls nicht überleben. Sie selbst melde sich zwischen den Produktionen arbeitslos - und suche einen neuen Job.

Bei diesem arbeite sie mit Werkvertrag oder sei für die Zeit des Drehs angestellt. Bei kurzen Produktionen wie Werbe- oder Wirtschaftsfilmen gibt es Stundenverträge. Manchmal bekomme man aber nicht mehr als einen Handschlag.

Auch Rechtsanwalt Leonhard Reis von der Association of Austrian Filmproducers bestätigt im Gespräch mit der "Wiener Zeitung": "Es gibt wie in jeder Branche schwarze Schafe." Schwarz ausbezahltes Geld inbegriffen. Man höre immer wieder davon, sagt er, dass es - vor allem kleinere - Produzenten gebe, die unlautere Mittel anwenden, was freilich auch zu unlauterem Wettbewerb führe.

Ausgenommen seien reine Kunstprojekte, die nicht gewerblich ausgerichtet sind und hinter denen ein einzelner Künstler steht. Hier sei es legitim, dass Mitwirkende aus reiner Freundschaft mitarbeiteten, so Reis. Ein Filmunternehmer eines gewerblichen Projekts müsse sich aber an die Mindestentlohnung halten.

Und wenn er es nicht tut? "Jeder, der in ein Unternehmen eingegliedert ist wie ein Arbeitnehmer, hat Arbeitnehmerrechte - auch wenn der Vertrag als Werkvertrag bezeichnet oder formuliert ist. Werden diese nicht eingehalten, ist das schlichtweg rechtswidrig", sagt dazu Wolfgang Mazal vom Institut für Arbeits- und Sozialrecht. Zu den Arbeitnehmerrechten zählten ein angemessener Lohn, der sich am Kollektivvertrag orientiere, Überstundenzuschläge und Urlaubsanspruch.

Erst im Vormonat hat der Nationalrat beschlossen, die Regelungen gegen Lohn- und Sozialdumping nachzuschärfen. Das bringt unter anderem eine Erhöhung der Strafdrohungen auf bis zu 10.000 Euro mit sich. Was die Filmbranche betrifft, müssten sich die Betroffenen "solidarisch zusammenschließen", sagt Mazal. Nur dann könnte das Gesetz auch in diesem Bereich "mit vollster Schärfe" vollzogen werden.

Bei der Gewerkschaft Youunion, der Daseinsgewerkschaft für unselbständige oder freiberufliche Tätigkeiten etwa in den Bereichen Kunst und Medien, sind solche Fälle bekannt. "Wir haben Infos, dass es solche Dinge gibt", sagt Gerhard Schedl von Youunion. Beschwerden habe es aber noch keine gegeben. Die meisten Betroffenen ziehen es laut Schedl nämlich gar nicht in Betracht, sich an eine Gewerkschaft zu wenden, weil: "Bei allem, was mit Medien zu tun hat, wird zunehmend versucht, sich aufgrund der sinkenden Budgets Medienschaffende auf Basis der Selbständigkeit zu holen. Die Betroffenen willigen ein, weil sie sich selbst verwirklichen wollen und nicht merken, dass sie ausgenutzt werden." Sie machten das aus ihrem Idealismus heraus und in der Hoffnung, einmal von ihrem Beruf leben zu können. In Wahrheit stehle man ihnen die Zukunft.

Der österreichische Film basiert auf Förderungen

Denn die Realität sieht anders aus. Der Branche fehlt generell das Geld. Jeder Film, der in Österreich produziert wird, muss gefördert werden, sagt Roland Teichmann vom

österreichischen Filminstitut, das Förderungen aus dem Budget des Kulturministeriums vergibt. Aktuell stehen rund 20 Millionen Euro jährlich zur Verfügung.

Warum das so ist, ist schnell errechnet: Ein kleiner Spielfilm koste etwa zwei Millionen Euro, so Teichmann. Von einer Kinokarte fließen maximal zwei Euro zurück. Um die Kosten hereinzubekommen, müssten also eine Millionen Besucher den Film im Kino anschauen. Tatsächlich gehen aber nur durchschnittlich 15 Millionen Menschen pro Jahr ins Kino - und nur fünf Prozent von diesen deshalb, um eine österreichische Produktion zu sehen. US-Filme erreichen rund 70 Prozent der Besucher. "Deshalb gibt es die Förderungen", so Teichmann. Von den eingereichten Projekten, bei denen es um die Herstellung eines Films geht, würden 30 Prozent gefördert.

Die Situation sei europaweit ähnlich. Deutschland und Frankreich seien die einzigen Länder, in denen die Filmbranche auch ohne Förderungen existieren könnte, sagt Teichmann. In Amerika herrsche ein gänzlich freier Markt.

In Österreich muss jeder, der eine Förderung beantragt, ein Kalkulationsblatt ausfüllen. Werner Müller, Geschäftsführer des Fachverbandes Film und Musik in der Wirtschaftskammer, kann die Aufregung über Angebote wie das eingangs erwähnte daher nicht nachvollziehen. Zu wenig zu bezahlen sei mit den Förderrichtlinien gar nicht möglich, sagt er. Sobald auf dem Kalkulationsblatt eine dem Kollektivvertrag entsprechende Mindestentlohnung nicht eingehalten werde - auch bei Werkverträgen -, gebe es keine Förderung, so Müller. Teichmann bestätigt zwar, dass man ein Kalkulationsblatt ausfüllen muss - "es kann aber immer etwas passieren. Wir können ja auch nur beurteilen, was uns vorgelegt wird", sagt er dazu.

Sarah F. hofft dennoch, dass sie einmal von ihrer Arbeit beim Film leben können wird. Aber: "Meine Pension kann ich vergessen."

(Wiener Zeitung 24. Juni 2016)